

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin

An den
Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

leonore.gewessler@bmk.gv.at
+43 1 711 62-658000
Radetzkystraße 2, 1030 Wien
Österreich

Geschäftszahl: 2021-0.796.092

12. Jänner 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Wurm und weitere Abgeordnete haben am 12. November 2021 unter der **Nr. 8548/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Kostenexplosion bei Stromgroßhandelspreis gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Ist Ihnen die Problematik der bevorstehenden Preiserhöhung für Strom bekannt?*

Mein Ressort verfolgt und analysiert die Preisentwicklung unterschiedlicher Energieträger ständig. Die aktuelle Preisentwicklung war in den letzten Wochen und Monaten vorrangig ein Phänomen der Großhandelsmärkte für elektrische Energie und Gas, angetrieben durch massive Gaspreiserhöhungen. Auswirkungen auf den Endkund:innenmarkt werden in größerem Umfang tatsächlich ab dem Jahreswechsel erwartet, wenngleich einzelne Energieversorger bereits jetzt Preisanpassungen angekündigt haben.

Zu Frage 2:

- *Welche Maßnahmen haben Sie bereits unternommen, um diese Problematik in den Griff zu bekommen?*

Die stark steigenden Energiepreise sind für viele Menschen eine große Belastung. Wir befreien daher im gesamten Jahr 2022 auch alle Haushalte und Unternehmen vom Ökostrom-Förderbeitrag, um eine erste Abhilfe zu schaffen. Darüber hinaus ist für 2022 eine Sistierung der Ökostrompauschale geplant.

In Summe kommt es so zu einer Entlastung um rund 100 Euro für einen durchschnittlichen Haushalt. Zudem werden wir speziell einkommenschwache Haushalte dabei unterstützen,

ihre Abhängigkeit von teuren fossilen Energien zu beenden, indem wir mittels Förderaktion die Kosten des Heizkesseltausches für untere Einkommensgruppen beträchtlich abfedern. Dafür steht für die Jahre 2021 bis 2025 ein Betrag in Höhe von € 330 Mio. zur Verfügung.

Zu Frage 3:

- *Werden Sie mit den zuständigen Ministerien Gespräche aufnehmen und sich dafür einsetzen, um dieser Problematik mit entsprechenden Gesetzen entgegenzuwirken?*

Die jüngste Energiepreisentwicklung ist tatsächlich das Ergebnis des Zusammenwirkens mehrerer Faktoren und auch die Antworten darauf können nicht allein im Zuständigkeitsbereich eines Ressorts gefunden werden. Meine Mitarbeiter:innen stehen deshalb in engem Austausch mit den Expert:innen u.a. des Finanzministeriums, aber auch mit der Regulierungsbehörde E-Control, um umfassend alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu erörtern. Grundsätzlich ist diese Frage aber insgesamt im Kontext der gesamten Lebenshaltungskosten zu betrachten. Hier wurde von der Bundesregierung daher auch im Dezember ein Teuerungsausgleich beschlossen. Gleichzeitig haben viele Bundesländer in ihren Zuständigkeitsbereichen die Erhöhung des Heizkostenzuschusses beschlossen.

Zu Frage 4:

- *Haben Sie sich bereits bzw. werden Sie sich in Zukunft auf EU-Ebene dafür einsetzen, um den starken Steigungen beim Stromgroßhandelspreis politisch entgegenzuwirken?*

Auf EU-Ebene hat die Europäische Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulatoren (ACER) unlängst eine vorläufige Bewertung vorgelegt, die sich sehr detailliert mit den Ursachen und Zusammenhängen der Energiepreisbildung auseinandersetzt. Diese Analyse ergänzt die bereits im vergangenen Monat durch die EU-Kommission vorgestellte „Toolbox“, die den Mitgliedstaaten als Hilfestellung dabei dienen soll, kurzfristige Maßnahmen zur Linderung der Situation zu ergreifen, die mit den Regeln für staatliche Beihilfen und dem Binnenmarkt in Einklang stehen. In Österreich werden die darin vorgestellten Maßnahmen und mögliche Umsetzungen derzeit ressortübergreifend und umfassend geprüft. Das dahinterliegende Problem, die exorbitante Abhängigkeit von fossiler Energie und die damit verbundenen hohen Preise sind jedoch das vorrangige Problem.

Zu Frage 5:

- *Inwiefern sehen Sie im Zusammenhang mit der Energiepreissteigerung eine wachsende Armut in der Gesellschaft?*

Es steht völlig außer Frage, dass gerade einkommensschwache Haushalte und besonders von Energiearmut betroffenen Kund:innen vor kritischen und unerwarteten Preisentwicklungen im Energiebereich zukünftig noch besser geschützt werden müssen. Gerade die hohe Abhängigkeit von fossiler Energie und die damit verbundene hohe Preisunsicherheit und die hohe Kostenbelastung sind tatsächlich ein drängendes und dringendes Problem, an dessen Lösung wir arbeiten.

Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, eine langfristige Perspektive zu verfolgen. Diese Perspektive muss neben bezahlbaren Energiepreisen für Haushalte und Unternehmen auch die Resilienz und Stabilität des Energiesystems, des etablierten Energiebinnenmarktes und der

Versorgungssicherheit, besonders aber auch den notwendigen Übergang zur Klimaneutralität berücksichtigen.

Unsere ambitionierte Klima- und Energiepolitik ist daher die mittel- und langfristig gesehen beste Lösung für eine saubere, sichere und besonders auch für eine leistbare Stromversorgung.

Nur durch die Reduktion unserer Abhängigkeit von fossilen Energieträgern in Verbindung mit unseren Anstrengungen im Bereich der Energieeffizienz können wir als Gesellschaft in Zukunft widerstandsfähiger gegen Energiepreisausschläge werden und die Belastung für armutsgefährdete Haushalte reduzieren.

Leonore Gewessler, BA

